Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen wollen wir alle Veranlassungen gestatten entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 214. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 13. September 1927

Die Besoldungsreform.

Aus den Ausführungen, die Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die bevorstehende Besoldungsreform machte, ist besonders hervorzuheben, daß das neue Besoldungsgesetz bei den untersten Besoldungsgruppen Erhöhungen im Durchschnittsbetrage von etwa 25 Prozent vorsieht, die gleitend nach den mittleren Besoldungsgruppen bis auf etwa durchschnittlich 21 Prozent und bei den höheren Gruppen auf etwa 18 Prozent gehen. Die genannten Beträge sind Durchschnittsbeträge. Gruppen, die schon bisher sehr stark herausgestellt waren, sind teilweise mit geringeren Erhöhungen, Gruppen, die bisher stark vernachlässigt waren, zum Teil mit wesentlich höheren Sätzen bedacht worden. Die bisherige Gruppe II erhält demgemäß neben einer namhaften Erhöhung des Anfangsbezuges eine Erhöhung von 33 Prozent. Die Ruhegehaltsempfänger, Wartestandsbeamten und die Beamtenhinterbliebenen sollen mit den gleichen Erhöhungen wie die aktiven Beamten bedacht werden.

Der Wohnungsgeldzuschuß soll in der bisherigen Form beibehalten und nicht nach Besoldungsgruppen getrennt werden. Das Ortsklassenverzeichnis wird alsbald neu aufgestellt werden. Eine Kürzung der Bezüge für weibliche Beamte sieht auch das neue Reichsbesoldungsgesetz nicht vor. Dagegen ist ein Ausgleich dafür, daß die ledigen Beamten nunmehr von vornherein auch den Betrag des Frauenzuschlags in Höhe von 144 Mark erhalten, eine entsprechende Kürzung des Wohnungsgeldzuschusses für sie vorgesehen. Zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten ist eine weitere Aufbesserung ihrer Bezüge durch Verbesserung ihres Besoldungsdienstalters beabsichtigt. Ebenso sollen die Versorgungsanwärter eine Verbesserung ihres Besoldungsdienstalters erhalten.

Der Aufwand für die Durchführung des Besoldungsgesetzes ist bei der eigentlichen Reichsverwaltung auf jährlich 155 Millionen Mark berechnet. Dazu kommen die Kosten der mit der Erhöhung der Beamtenbezüge in Zusammenhang stehenden Reform der Bezüge der Kriegsbeschädigten. Hierfür ist ein Betrag von etwa 170 Millionen jährlich in Aussicht genommen. Eine entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat demnächst zugehen.

Der Minister erklärte sodann, daß irgendeine Steuererhöhung durch die Erhöhung der Besoldung der Beamten **und der Bezüge der Kriegsbeschädigten für das Reich in keiner Weise in Frage kommt;** ebensowenig Tariferhöhungen für die

Reichsfinanzminister Dr. Köhler.

Eisenbahn. Der Minister glaubt ferner, daß die Hoffnung auf steigende Erträgnisse und damit auf höhere Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer an Länder und Gemeinden durchaus berechtigt sei, so daß hierdurch die Deckungsfrage für diese bei den von ihnen vorgenommenen Besoldungserhöhungen erleichtert sei.

Ein ernstes Wort.

Das neue Besoldungsgesetz will, so sagte der Minister in seinem Schlußwort, in seiner Auswirkung keine Heraushebung des Beamtenstandes über die übrigen ihm sozial gleichgestellten Volksgenossen. Die neuen Bezüge werden der deutschen Volkswirtschaft starke Anregung geben; denn sie werden die innere Kaufkraft heben. Aber in diesem Zusammenhang sei ein ernstes Wort gesagt: Mit Schrecken stelle ich seit einigen Wochen fest, daß in Offerten und Anpreisungen aus Geschäftskreisen immer wieder die Rede davon ist, daß aus Anlaß der Einführung der neuen Besoldungsordnung die Preise für bestimmte Waren steigen werden. Zu einer derartigen Maßnahme liegt keinerlei Veranlassung vor; denn die Erhöhung der Beamtenbezüge erfolgt nicht durch irgendwelche neuen Steuer- und Tariferhöhungen, sondern wird bestritten aus den jetzt normal zum Eingang kommenden Geldern. Es wäre ein Frevel an der ganzen deutschen Volkswirtschaft, wenn diese Aufbesserung das Preisniveau erhöhte. Die Reichsregierung wird, wenn erforderlich, eingreifen, um die verhängnisvolle Wirkung auf die Konjunkturbewegung und die allgemeine Wirtschaftslage abzuwehren. Die Aktion der Reichsregierung ist getragen von einem starken Optimismus und dem unerschütterlichen Glauben an einen fortschreitenden Aufstieg.

*

Der zweite Bundeskongreß des A. D. B.

Der zweite Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde im Plenarsitzungssaale des Reichswirtschaftsrates unter Beteiligung von Vertretern der Behörden und Delegierten zahlreicher Verbände, Vereine und sonstiger Organisationen durch den Bundesvorsitzenden, Ministerialrat a. D. Falkenberg, eröffnet. Unter den Gästen sah man den Reichsfinanzminister Dr. Hoyer, Vertreter des Reichspostministeriums und des Reichswehrministeriums, des preußischen Staatsministeriums, der preußischen Finanzministeriums und des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, der sächsischen, braunschweigischen, anhaltischen, hessischen und württembergischen Gesandtschaft, Abgeordnete aus Reichs- und Landtag, Delegierte ausländischer Gewerkschaften aus Österreich, Frankreich, Holland, Jugoslawien und Schweden sowie Delegierte befreundeter Organisationen.

10-Millionen-Stiftung für Genf

Vertagung der Genfer Vollversammlungen

Millionenspende für die Völkerbundbibliothek.

Die Vollversammlungen des Völkerbundes sind für ein paar Tage vertagt worden, um den Ausschüssen Gelegenheit zur Bearbeitung des jetzt angehäuften Materials zu geben. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Beratungen des Abrüstungsausschusses, dem u. a. auch der holländische Antrag in allerdings etwas abgeänderter Form überwiesen wurde.

Vor der Vertagung der Vollsitzung kündigte der Vorsitzende, Guani, an, daß von einem zunächst ungenannten amerikanischen Stifter zwei Millionen Dollar für den Ausbau der Völkerbundbibliothek zur Verfügung gestellt worden sind. Unter dem Beifall der Versammlung sprachen sich nacheinander Motta, Osusky und van Eysinga zu den Anerbieten in zustimmendem und dankendem Sinne aus, worauf der Präsident den Namen des Spenders bekanntgab: es ist John D. Rockefeller (Junior) dessen freigebige Gabe von den Sprechern als ein Zeichen der amerikanischen Anerkennung für die Arbeiten des Völkerbundes gewertet wurde.

In Fortführung der Generaldebatte hielt dann der schweizerische Bundespräsident, Motta, eine Rede, in der er die Entwicklung des Bundes schilderte. Er sprach von der Behutsamkeit, mit der „wie mit einer Frauenhand" seit der ersten Tagung 1920 der Bund aus Siegern und Neutralen in einen universellen habe übergeführt werden müssen, von der Tagung 1924, die in dem enthusiastisch angenommenen und doch nicht verwirklichten Genfer Protokoll die Grundlage für Locarno, für 220 internationale Verträge und damit für den Ausbau eines Schiedssystems geliefert habe, dessen Vollendung ja in sich selbst die Verwirklichung des Genfer Protokolls bedeuten würde. Die Annahme der Bestimmung des Artikels 36 über die Fakultativklausel durch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die anschließende Erklärung Briands zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit gestatte jeden Optimismus in dieser Beziehung.

Nachdem Motta auch noch Briand, Chamberlain und den übrigen Außenministern für ihre regelmäßige Mitwirkung an den Völkerbundarbeiten gedankt und sich damit Hambros Angriffen auf die Diplomaten entgegengestellt hatte, nachdem er weiterhin eine verstärkte öffentliche Behandlung der Ratsarbeiten empfohlen und die Bedeutung des Völkerbundes als einer unerläßlichen Lebensbedingung für die kleinen Staaten unterstrichen hatte, forderte er „Vertrauen in uns selbst, Vertrauen zueinander und Vertrauen auf den Völkerbund".

Nach kurzen Ansprachen je eines Vertreters von Rumänien, Kanada und Chile wurde die Generalaussprache geschlossen. Die nächste Sitzung soll am Donnerstag stattfinden.

Hochamt anläßlich der Völkerbundtagung.

In der Genfer Notre-Dame-Kirche wurde ein feierliches Hochamt anläßlich der Völkerbundtagung gehalten, bei dem das deutsche Delegationsmitglied Prälat Kaas in deutscher Sprache predigte. Generalvikar Monsignore Petite zelebrierte die Messe, welcher u. a. der schweizerische Bundespräsident Motta, der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, führende Mitglieder sämtlicher Delegationen und alle katholischen Mitglieder der deutschen Delegation beiwohnten. Prälat Kaas entwickelte den Gedanken von dem innigen Zusammenhang zwischen den Bestrebungen der Kirche und denen des Völkerbundes und erflehte den Segen des Himmels für die Genfer Arbeiten.

Poincaré beglückwünscht Briand.

Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Genf hat Ministerpräsident Poincaré den Minister des Äußern, Briand, telegraphisch zu seiner am Sonnabend gehaltenen Rede beglückwünscht.

Tagung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes.

Unter starker Beteiligung hat der Abrüstungsausschuß (3. Versammlungsausschuß), in dem Deutschland durch Graf Bernstorff und verschiedene Experten vertreten ist, unter dem Vorsitz von Benesch seine Arbeiten mit einer von diesem gegebenen Darlegung des Arbeitsplans aufgenommen. Loudon (Holland) als Präsident des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses erstattete als Auftakt für die beginnenden Beratungen einen längeren Bericht über diese Arbeiten, der sachlich nichts Neues brachte, jedoch einige bemerkenswerte Wendungen enthielt.

Loudon lehnte die Bezeichnung der bisherigen Ergebnisse als Mißerfolg entschieden ab. Die Enttäuschung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit beruhe darauf, daß man ihr falsche Hoffnungen gemacht und gewissermaßen verschwiegen habe, daß die gestellte Aufgabe sich nicht auf die Abrüstung, ja nicht einmal auf die Rüstungsverminderung unmittelbar, sondern nur auf die Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand bezogen habe. Er erhob jedoch den Vorwurf einer ungenügenden Vorbereitung der Arbeiten durch die Regierungen.

Auch den Mißerfolg der Marineabrüstungskonferenz, die zwar ohne Zusammenhang mit dem völkerbundlichen Bemühungen um das Problem, aber doch in gewisser Weise in diese eingreifend, veranstaltet worden sei, glaubte er als psychologischen Faktor für die Gesamteinstellung zu dem Problem anführen zu müssen. Er schloß mit einer Aufforderung an die Regierungen, die weiteren Arbeiten, die hoffentlich bald zu einer ersten wirklichen Abrüstungskonferenz führen würden, durch Vorbereitung der primären moralischen Abrüstung zu fördern.

Belgien ist Frankreichs Vorhut!

Eine Rede Marschall Pétains.

In dem kürzlich durch die deutschfeindlichen Reden bei einer Denkmalsenthüllung so bekanntgewordenen Dinant in Belgien wurde am Sonntag abermals ein Denkmal eingeweiht, und zwar für die bei der Verteidigung von Dinant gefallenen französischen Soldaten. Zu der Feier war auch aus Frankreich Marschall Pétain erschienen und nach den vorliegenden Berichten führte er u. a. aus:

Durch seine geographische Lage ist Belgien die Vorhut Frankreichs und der Vorposten der lateinischen Zivilisation und wird es bleiben. Die internationalen Abkommen bilden keinen Schutz gegen einen Angriff. Frankreich und Belgien, die in die Notwendigkeit versetzt sind, sich verteidigen zu müssen, müssen sich im Rahmen ihrer Institutionen verständigen. Bemühen wir uns also, die Organisation unserer Streitkräfte, die Befestigung unserer Grenzen und die Ausbildung unserer Truppen einander anzugleichen. Unsere beiden Länder müssen Seite an Seite kämpfen, um den Feind zu verhindern, seinen Angriff von 1914 zu wiederholen.

Pétain hält, wie man sieht, nicht viel von den Bemühungen Briands um das Zustandekommen friedlicher Verhältnisse und bemüht sich, recht kräftige kriegerische Töne erschallen zu lassen. Ob die auf ihre nationale Selbstständigkeit so gern hinweisenden Belgier es so gern gehört haben, sich als „Vorhut" Frankreichs bezeichnet zu sehen? Bisher bestritten viele unter ihnen es wenigstens energisch, in einem Vasallenverhältnis zu ihrem Nachbarn zu stehen. Marschall Pétain faßt die Sache anders auf.

*

Painlevé gegen Abrüstung.

In Meaux fand eine Feier zur Erinnerung an die erste Marneschlacht statt. Auf einem Bankett ergriff Kriegsminister Painlevé das Wort. Nach einem Hinweis auf den Verlauf der Schlacht erklärte er: „Solange internationale Sicherheitsgarantien gegen etwaige Unruhestifter in Europa nicht vorhanden sind, wäre ein entwaffnetes Frankreich für gewisse Staaten nicht ein Vorbild, sondern eine Versuchung. Über der Sicherheit Frankreichs zu wachen bedeute, über der Sicherheit Europas zu wachen."

Von der Einbildung kommen die Franzosen nicht los, daß sie zunächst Europa, dann aber auch die ganze Welt bedeuten.

Politischer Mord in Paris?

Italienischer Vizekonsul erschossen.

Montag mittag hat ein Unbekannter, vermutlich ein Italiener, im italienischen Konsulat auf den italienischen Vizekonsul Carlo Nadini mehrere Revolverschüsse abgegeben. Der Vizekonsul ist schwer verletzt in das Krankenhaus übergeführt worden. Der Täter ist verhaftet. Nadini starb wenige Minuten nach seiner Ankunft im Krankenhaus.

Bei der Vernehmung des Täters weigerte sich dieser, seinen Namen zu nennen oder irgendwelche Aufschlüsse über seine Beweggründe zu dem Attentat zu geben. Auch

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF